

"Frieden, Frieden', sagen sie, wenn es keinen Frieden gibt". Jeremia 6:14; 8:11
"Seid getrost, ich bin's; fürchtet euch nicht." Matthäus 14:27

Der Ökumenische Rat der Kirchen (ÖRK) betrachtet die Region des Nahen Ostens als den Ort der historischen Ursprünge unseres Glaubens, wo Jesus Christus geboren, gekreuzigt und wieder auferstanden ist. Die weltweite ökumenische Gemeinschaft hat sich stets um aktive Solidarität mit den Christen des Nahen Ostens bemüht, die in einer ungebrochenen Linie des treuen christlichen Zeugnisses in den multireligiösen Kontexten ihrer Länder leben und einen wichtigen Beitrag zur lebendigen Vielfalt und Entwicklung ihrer Gesellschaften leisten. Umwälzungen, gewalttätiger Extremismus, der die Religion als Rechtfertigung benutzt, anhaltende militärische Besetzungen, Diskriminierung und systematische Menschenrechtsverletzungen, Wirtschaftskrisen und Korruption, fehlende Rechtsstaatlichkeit und andere Faktoren haben zu einer existenziellen Krise für alle in der Region beigetragen. Besonders betroffen sind gefährdete Gemeinschaften, darunter auch Christen, die von Vertreibung und Massenmigration betroffen sind.

Auf dieser 11. Vollversammlung des ÖRK in Karlsruhe, Deutschland, erkennen wir die Bedrohung der Zukunft der einheimischen Christen und aller Menschen im Nahen Osten an. Wir bekräftigen, dass das beste Mittel zur Abwendung dieser Bedrohung gleiche Rechte, umfassende Bürgerrechte, Gerechtigkeit und Würde für alle ohne religiöse oder rassische Diskriminierung sind. Wir bekennen uns zu den Leitprinzipien "Gottes Gerechtigkeit und Liebe für die gesamte Schöpfung, die Grundrechte aller Menschen, die Achtung der Menschenwürde, die Solidarität mit den Bedürftigen und der Dialog mit Menschen anderen Glaubens" (CC Feb 2011), die weiterhin die Grundlage unserer ökumenischen Reaktion auf die Region bilden.

Leider stellt die Realität vor Ort in verschiedenen Ländern des Nahen Ostens diese Vision in Frage. In Palästina/Israel gibt es eine weitere Welle der Zwangsvertreibung von Palästinensern aus ihren Häusern - manchmal mehrfach seit 1948 - wie in Sheikh Jarrah, Silwan, den südlichen Hebron-Hügeln und im übrigen Gebiet C. Die expandierenden israelischen Siedlungen in den besetzten palästinensischen Gebieten, insbesondere die um Ost-Jerusalem, sind nach internationalem Recht illegal und bedrohen grundlegende demographische und politische Veränderungen in der Region. Darüber hinaus haben sie jede praktische Aussicht auf eine Zwei-Staaten-Lösung so sehr untergraben, dass dieser Weg zu einem gerechten Frieden nun zunehmend unausführbar erscheint.

Die Ausdehnung der Siedlungen und die damit einhergehende verstärkte Militärpräsenz haben das Leid der palästinensischen Gemeinden vergrößert. Es kam zu weiteren Übergriffen auf palästinensische Ländereien und Besitztümer sowie zu vermehrten systematischen Schikanen und Angriffen durch Siedler (insbesondere ohne die schützende Präsenz internationaler Besucher während der Covid-19-Pandemie). In Gaza haben wir kürzlich erneut eine Eskalation des Teufelskreises der Gewalt erlebt. Der ÖRK verurteilt kategorisch jede tödliche und zerstörerische Gewalt, ob sie nun von israelischen Streitkräften oder von bewaffneten palästinensischen Gruppen ausgeht. Die Situation in Israel/Palästina kann nicht mit Gewalt gelöst werden, sondern nur mit friedlichen Mitteln in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht.

Wir bekräftigen den rechtmäßigen Platz des Staates Israel in der Gemeinschaft der Nationen und erkennen seine legitimen Sicherheitsbedürfnisse an. Gleichzeitig bekräftigen wir das Recht der Palästinenser auf Selbstbestimmung und dass die israelische Besetzung der palästinensischen Gebiete seit 1967 sowie der Siedlungsbau und die Expansion in den besetzten Gebieten nach internationalem Recht illegal sind und beendet werden müssen. Wir glauben, dass nur durch ein Ende der Besetzung und eine gerechte, umfassende und dauerhafte Friedensregelung die Sicherheit sowohl der Palästinenser als auch der Israelis gewährleistet werden kann.

Im Juni 2022 stellte der ÖRK-Zentralausschuss fest, dass "die Diskriminierung der Palästinenser offenkundig und systematisch ist und die seit einem halben Jahrhundert andauernde Besetzung weiterhin der gleichen Menschenwürde und den Menschenrechten der Palästinenser widerspricht, die unter diesem System der Kontrolle leben, während die Reaktion der internationalen Gemeinschaft weiterhin eine ungeheuerliche Doppelmoral widerspiegelt." Die jüngste Unterdrückung mehrerer palästinensischer Menschenrechtsorganisationen durch die israelischen Behörden, ohne dass die internationale Gemeinschaft wirksam dagegen vorgeht, ist ein emblematisches Beispiel für dieses System der Kontrolle und diese Doppelmoral. Für die palästinensische Bevölkerung wird die Situation durch die schwerwiegenden Versäumnisse der palästinensischen Behörden, einschließlich der Repressalien gegen Oppositionsführer und des Mangels an rechtlicher und demokratischer Rechenschaftspflicht, leider noch verschlimmert.

In jüngster Zeit haben zahlreiche internationale, israelische und palästinensische Menschenrechtsorganisationen und juristische Gremien Studien und Berichte veröffentlicht, in denen die Politik und die Handlungen Israels als

"Apartheid" im Sinne des Völkerrechts bezeichnet werden. Innerhalb dieser Versammlung unterstützen einige Kirchen und Delegierte nachdrücklich die Verwendung dieses Begriffs, da er die Realität der Menschen in Palästina/Israel und die völkerrechtliche Lage zutreffend beschreibt, während andere ihn für unangemessen, wenig hilfreich und schmerzhaft halten. Wir sind in dieser Angelegenheit nicht einer Meinung. Wir müssen uns weiterhin mit diesem Thema auseinandersetzen, während wir uns weiterhin gemeinsam auf den Weg der Gerechtigkeit und des Friedens machen. Wir beten dafür, dass der ÖRK seinen Mitgliedskirchen weiterhin einen sicheren Raum für Gespräche und Zusammenarbeit bei der Suche nach der Wahrheit und der Arbeit für einen gerechten Frieden unter allen Menschen in der Region bietet.

Was die besondere Situation der Christen in Israel/Palästina betrifft, so hören wir mehr denn je die Bitten der Kirchenoberhäupter im Heiligen Land im Zusammenhang mit den zunehmenden Einschüchterungen, Übergriffen, der Einschränkung des Zugangs zu Gotteshäusern und den Angriffen israelischer Radikaler und Behörden auf die christliche Präsenz und Identität in Jerusalem, die den Status Quo und die multireligiöse und multikulturelle Identität der Stadt bedrohen.

Anderorts im Nahen Osten, wie in Syrien nach dem so genannten "Arabischen Frühling" von 2011 und im Irak nach der Invasion von 2003, sind die Menschen Opfer von Konflikten, Kriegen und Stellvertreterkriegen, geopolitischem Druck, Sanktionen und internationalen Interventionen, gewalttätigem religiösem Extremismus, groben Verstößen gegen die Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht sowie Wirtschaftskrisen geworden. Dies hat dazu geführt, dass das bereits geschwächte soziale Gefüge, das soziale Kapital und das Vertrauen strapaziert wurden und der Weg für Hass und dämonisierende und entmenschlichende Narrative über den Anderen geebnet wurde, die auf ausgrenzenden Konstruktionen der kollektiven nationalen Identitäten basieren.

Darüber hinaus haben mehrere Berichte der Vereinten Nationen die Dürre (als Folge des Klimawandels) als einen der treibenden Faktoren für den Ausbruch des Konflikts in Syrien genannt. Nach einem Jahrzehnt des Krieges, der sich bereits zerstörerisch auf die landwirtschaftliche Infrastruktur ausgewirkt und zur Vertreibung von Bauern- und Hirtengemeinschaften geführt hat, macht diese extreme Dürre Syrien zu einem neuen Klima-Hotspot. Darüber hinaus wurde der Irak als das fünfgefährdetste Land in Bezug auf den Klimawandel eingestuft, das von steigenden Temperaturen, verstärkten Dürren und Wasserknappheit, häufigen Sand- und Staubstürmen und Überschwemmungen betroffen ist. Die Herausforderungen des Klimawandels haben schwerwiegende Auswirkungen auf die Region und müssen angemessen angegangen werden.

Ein wohlhabendes Leben in Würde, Sicherheit und Geborgenheit kann nur im Rahmen der Rechtsstaatlichkeit, der territorialen Einheit und durch die Souveränität der politischen, juristischen, kulturellen und wirtschaftlichen Institutionen in beiden Ländern erreicht werden. Nachhaltiger Frieden ist gesichert, wenn er auf den Werten der Gerechtigkeit, der gleichen Staatsbürgerschaft und der gleichen Menschenrechte für alle beruht.

Wir haben die Möglichkeiten, die diese Vollversammlung für Gemeinschaft und christliche Solidarität mit Schwestern und Brüdern aus dem Nahen Osten sowie für intensive ökumenische Gespräche und Konsultationen über den Weg zu einem gerechten Frieden in der Region bietet, sehr geschätzt.

Die 11. Vollversammlung des ÖRK bringt das feste Engagement der weltweiten ökumenischen Gemeinschaft zum Ausdruck, unsere Unterstützung für und Zusammenarbeit mit den Kirchen des Nahen Ostens, dem Rat der Kirchen des Nahen Ostens (MECC), glaubensbasierten und zivilgesellschaftlichen Partnern zu verstärken, um einen gerechten und nachhaltigen Frieden in der Region zu erreichen.

Die 11. Vollversammlung ruft insbesondere auf:

- Die Mitglieder der weltweiten ökumenischen Gemeinschaft, den Stimmen und wiederholten Bitten der Kirchen und christlichen Gemeinschaften der Region Gehör zu schenken und sie in Gebet und Aktion zu begleiten.
- Alle Mitgliedskirchen, die sich um dauerhaften Frieden und Sicherheit für alle im Nahen Osten bemühen, sollten sich aktiv an den Bemühungen um einen Dialog mit allen Seiten beteiligen, um eine Lösung zu finden, die die Menschenrechte und die umfassende Bürgerschaft für alle in der Region lebenden Menschen respektiert und wahrt.

- Die weltweite ökumenische Gemeinschaft der Kirchen soll sich beraten und über eine alternative Politik, eine Perspektive und eine umfassende Lösung für Palästina/Israel nachdenken, bei der alle Menschen vor dem Gesetz gleichberechtigt sind, im Gegensatz zu den derzeitigen Systemen der Kontrolle, Ausgrenzung und Diskriminierung.

- Der ÖRK soll die Auswirkungen der jüngsten Berichte von B'Tselem, Human Rights Watch und Amnesty International prüfen, diskutieren und erkennen, und seine Leitungsgremien sollen angemessen darauf reagieren.

- Der ÖRK, seine Mitgliedskirchen und Partner müssen die wichtige und wertvolle Arbeit der ÖRK-Programme in der Region, wie das Jerusalemer Verbindungsbüro (JLO), das Ökumenische Begleitprogramm in Palästina und Israel (EAPPI) und das Ökumenische Forum Palästina-Israel (PIEF), unterstützen und aufrechterhalten, indem

sie eine breitere ÖRK-Wählerschaft zusammen mit den lokalen Kirchen, christlichen Gemeinschaften und anderen Glaubenspartnern einbeziehen.

- Der ÖRK soll sein neu geschaffenes transversales Programm zum Thema Rassismus verstärken, um die Region des Nahen Ostens einzubeziehen.

- Der ÖRK soll seine Bemühungen im Rahmen seiner derzeitigen programmatischen Arbeit in Zusammenarbeit mit seinen Mitgliedskirchen im Nahen Osten verstärken, um Grundsätze für ein friedliches Zusammenleben in Gesellschaften nach Konflikten zu formulieren, in denen gleiche Bürgerrechte, Menschenrechte und Würde gelten.

- Der ÖRK soll die Begegnung und den Dialog in den verschiedenen multireligiösen und multikulturellen Gesellschaften der Region, insbesondere in Syrien und Irak, erleichtern, um die religiöse, ethnische und kulturelle Vielfalt dieser Länder zu schützen und den sozialen Zusammenhalt zu fördern.

- Die internationale Gemeinschaft soll die Aufhebung der einseitigen Sanktionen gegen Syrien fordern, die der Bevölkerung eher schaden als ihre erklärten Ziele zu erreichen.

- Die israelische Regierung soll die Blockade des Gazastreifens aufheben.

- Alle christlichen Schwestern und Brüder sollen sich dem Gebet für die Freilassung und sichere Rückkehr des syrisch-orthodoxen Erzbischofs Yohanna Ibrahim und des griechisch-orthodoxen Erzbischofs Paul Yazigi anschließen, die vor mehr als neun Jahren entführt worden waren. "Diese geliebten Bischöfe sind zu Symbolfiguren für alle zu Unrecht inhaftierten, gefolterten und gewaltsam verschwundenen Personen geworden." (ÖRK-Pressemitteilung April 2022)

- Die weltweite ökumenische Gemeinschaft der Kirchen schließt sich dem Gebet für die Menschen im Nahen Osten an, einschließlich des Libanon, dessen Bevölkerung unter sehr schwierigen Lebensbedingungen leidet.